

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 21		FREITAG, DEN 26. MÄRZ	2021
Tag	Inhalt	Seite	
8. 3. 2021	Verordnung über Zulassungszahlen für den Fachhochschulbereich der Akademie der Polizei Hamburg für das Jahr 2021 (Zulassungszahlenverordnung 2021 – Akademie der Polizei Hamburg – ZulZVO 2021-AdP) 221-14-1	151	
15. 3. 2021	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Wegereinigungsverordnung 2136-1-2	152	
17. 3. 2021	Verordnung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Bramfeld 65 707-3-1	153	
23. 3. 2021	Verordnung zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Quartier Gänsemarkt II“ 707-3-1	155	
23. 3. 2021	Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen im Bereich der Landesjustizverwaltung aus Anlass der Neustrukturierung der Behörden 2020 300-12, 300-13, 315-11, 400-4, 3032-6, 3100-7, 4100-1	158	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Verordnung über Zulassungszahlen für den Fachhochschulbereich der Akademie der Polizei Hamburg für das Jahr 2021 (Zulassungszahlenverordnung 2021 – Akademie der Polizei Hamburg – ZulZVO 2021-AdP) Vom 8. März 2021

Auf Grund von § 28 Absatz 3 Satz 3 des Hamburgischen Polizeiakademiegesetzes vom 17. September 2013 (HmbGVBl. S. 389), zuletzt geändert am 19. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 527, 530), und § 1 Nummer 2 der Weiterübertragungsverordnung-Akademie der Polizei Hamburg vom 19. November 2013 (HmbGVBl. S. 472) wird verordnet:

§ 1

(1) Für den Studiengang Polizei am Fachhochschulbereich der Akademie der Polizei Hamburg werden für das Jahr 2021 die zur Verfügung stehenden Studienplätze wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------|
| 1. Studienbeginn 1. April 2021
Bachelorstudiengang Polizei | 112 |
| 2. Studienbeginn 1. Oktober 2021
Bachelorstudiengang Polizei | 112. |

(2) Von den Studienplätzen nach Absatz 1 Nummer 1 stehen 56 Studienplätze ausschließlich Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten zur Verfügung, die nach lauffährechtlichen Vorschriften ausgewählt wurden.

§ 2

Soweit bei der Zulassung nach § 1 im Jahr 2021 Studienplätze frei bleiben, werden diese für die Zulassung im Jahr 2022 nicht berücksichtigt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. April 2021 in Kraft.

Hamburg, den 8. März 2021.
Die Behörde für Inneres und Sport

Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Wegereinigungsverordnung

Vom 15. März 2021

Auf Grund von § 32 Absatz 3 des Hamburgischen Wegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 28. November 2017 (HmbGVBl. S. 361), und § 3 der Wegereinigungsverordnung vom 2. März 2004 (HmbGVBl. S. 124, 200), zuletzt geändert am 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 525), wird verordnet:

§ 1			„Münzstraße	Hamburg-Mitte“
Die Anlage der Wegereinigungsverordnung wird wie folgt geändert:			von Altmannbrücke bis Hühnerposten	006 + S
1. Teil A wird wie folgt geändert:			von Norderstraße bis Altmannbrücke	005
1.1 Die Eintragungen zu nachstehenden Wegenamen erhalten folgende Fassung:			sonst	002
„Buxtehuder Straße	003	Harburg“	„Stiftstraße	002 Hamburg-Mitte“
„Dierksstraße	005	Hamburg-Mitte“	1.2 Die nachstehenden Einträge werden an der durch das Alphabet bestimmten Stelle eingefügt:	
„Fährstraße		Hamburg-Mitte“	„Am Johannisland	Harburg“
von Georg-Wilhelm-Straße			von Ackerweg	
bis Veringstraße,			bis Torfstecherweg	001
beide Seiten	005		„Torfstecherweg	Harburg“
von Veringstraße			von Am Johannisland	
bis Mokrystraße,			bis Süderelbebogen,	
beide Seiten	006 + S		beide Seiten	001
von Mokrystraße			2. In Teil B werden die nachstehenden Einträge an der durch das Alphabet bestimmten Stelle eingefügt:	
bis gegenüber			„Dorothea-Bernstein-Weg	001 Hamburg-Nord“
Heinrich-Gross-Straße,	005		„Leo-Leistikow-Allee	001 Hamburg-Nord“
beide Seiten	001		„Martha-Muchow-Weg	001 Hamburg-Nord“
sonst				
„Hühnerposten	005	Hamburg-Mitte“		
„Julius-Kobler-Weg	006 + S	Hamburg-Mitte“		
„Klostertor	005	Hamburg-Mitte“		
„Mokrystraße	005	Hamburg-Mitte“		

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 2021 in Kraft.

Hamburg, den 15. März 2021.

Die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft

Verordnung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Bramfeld 65

Vom 17. März 2021

Auf Grund von § 10 in Verbindung mit § 12 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3635), zuletzt geändert am 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728, 1793), in Verbindung mit § 3 Absätze 1 und 3 sowie § 5 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 26. Juni 2020 (HmbGVBl. S. 380, 383), § 4 Absatz 3 Satz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 24. Januar 2020 (HmbGVBl. S. 92), in Verbindung mit § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328, 1362) sowie § 1, § 2 Absatz 1 und § 3 der Weiterübertragungsverordnung-Bau in der Fassung vom 8. August 2006 (HmbGVBl. S. 481), zuletzt geändert am 20. Februar 2020 (HmbGVBl. S. 148, 155), wird verordnet:

§ 1

(1) Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Bramfeld 65 für den Bereich östlich der Bramfelder Chaussee und westlich der Werner-Otto-Straße (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 515) wird festgestellt.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt:

Bramfelder Chaussee im Nordwesten, die Werner-Otto-Straße im Nordosten sowie die Südgrenze des Flurstücks 10631 der Gemarkung Bramfeld.

(2) Das maßgebliche Stück des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und die ihm beigegebene Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung nach § 10a Absatz 1 BauGB werden beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenersatz erworben werden.
2. Wird diese Verordnung nach § 12 Absatz 6 BauGB aufgehoben, weil das mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan zugelassene Vorhaben nicht innerhalb der darin nach § 12 Absatz 1 Satz 1 BauGB bestimmten Frist durchgeführt wurde, oder weil der Träger des Vorhabens ohne Zustimmung nach § 12 Absatz 5 Satz 1 BauGB gewechselt hat und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans innerhalb der genannten Frist gefährdet ist, können vom Vorhabenträger keine Ansprüche bei Aufhebung des Plans geltend gemacht werden. Wird diese Verordnung aus anderen als den in Satz 1 genannten Gründen aufgehoben, kann unter den in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Voraussetzungen Entschädigung verlangt werden. Der Entschädigungsberechtigte kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die

in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

3. Unbeachtlich werden

- a) eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
- c) nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

§ 2

Für die Ausführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. Im Vorhabengebiet sind im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
2. Im Vorhabengebiet mit der Bezeichnung „Büro“ sind ausschließlich Büronutzungen sowie im Erdgeschoss und im ersten Untergeschoss diese Nutzungen ergänzende, untergeordnete Einrichtungen und Nebenanlagen zulässig. Ergänzende gastronomische Einrichtungen sind nur im Erdgeschoss, ergänzende Nebenanlagen und Nebenräume sind auch im ersten Untergeschoss zulässig.
3. In dem Vorhabengebiet „Büro“ ist eine Überschreitung der festgesetzten Gebäudehöhe durch Treppenhäuser, Aufzugsüberfahrten und technische Aufbauten (zum Beispiel Haus- und Klimatechnik, Anlagen zur Nutzung von Solarenergie) bis zu einer Höhe von 2,5 m allgemein zulässig. Dach- und Technikaufbauten müssen mindestens 2 m hinter den strabenbegleitenden Gebäudekanten zurückbleiben.

4. In dem Vorhabengebiet „Büro“ sind Überschreitungen der Baugrenzen durch Balkone bis 2 m nur an den straßenabgewandten Gebäudeseiten zulässig.
5. In dem Vorhabengebiet „Büro“ sind Kfz-Stellplätze nur in Tiefgaragen zulässig.
6. Im Vorhabengebiet „Büro“ sind die Aufenthaltsräume – hier insbesondere die Pausen- und Ruheräume – durch geeignete Grundrissgestaltung den lärmabgewandten Gebäudeseiten zuzuordnen. Soweit die Anordnung an den vom Verkehrslärm abgewandten Gebäudeseiten nicht möglich ist, muss für diese Räume ein ausreichender Schallschutz an Außentüren, Fenstern, Außenwänden und Dächern der Gebäude durch bauliche Maßnahmen geschaffen werden.
7. Flachdächer und flach geneigte Dächer bis zu einer Neigung von 15 Grad sind mit einem mindestens 12 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Ausnahmen von der Dachbegrünung können für Terrassen, Flächen zur Belichtung oder technischen Anlagen mit Ausnahme von Solaranlagen zugelassen werden.
8. Nicht überbaute und nicht für Erschließung beanspruchte Flächen auf Tiefgaragen sind mit einem mindestens 25 cm starken, durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und gärtnerisch anzulegen. Auf mindestens 20 vom Hundert der Innenhofflächen ist zur Entwicklung von Gehölzbeständen ein durchwurzelbarer Substrataufbau von mindestens im Mittel 70 cm vorzunehmen. Im südlichen Anlieferungshof ist zur dauerhaften Eingrünung auf den nicht befestigten Flächen ein durchwurzelbarer Substrataufbau von mindestens im Mittel 50 cm vorzunehmen.
9. Für Ausgleichsmaßnahmen wird dem Vorhabengebiet und den zusätzlichen Straßenverkehrsflächen das außerhalb des Plangebietes befindliche Flurstück 111 der Gemarkung Hummelsbüttel anteilig mit 851 m² zugeordnet.

§ 3

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Hamburg, den 17. März 2021.

Das Bezirksamt Wandsbek

Verordnung
zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Quartier Gänsemarkt II“

Vom 23. März 2021

Auf Grund von § 3 und § 8 Absatz 1 des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (HmbGVBl. S. 225), wird verordnet:

§ 1

Innovationsbereich

Auf den Flächen, die in Anhang 1 optisch hervorgehoben sind, wird ein Bereich zur Stärkung der Innovation von Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren eingerichtet. In Anhang 2 sind die im Innovationsbereich belegenen Grundstücke aufgeführt.

§ 2

Ziele und Maßnahmen

(1) Mit der Festsetzung des Innovationsbereichs wird das Ziel verfolgt, den Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort Quartier Gänsemarkt zu stärken.

(2) Zur Erreichung dieses Ziels sind insbesondere vorgesehen:

- a) Finanzierung und Betrieb einer Weihnachtsbeleuchtung,
- b) zusätzliche Reinigungs- und Serviceleistungen,
- c) Umsetzung von Marketing- und Kommunikationsleistungen,
- d) bauliche Optimierung,
- e) Interessenvertretung für die Eigentümerschaft des Innovationsbereichs.

§ 3

Aufgabenträgerin

Aufgabenträgerin ist die Otto Wulff BID Gesellschaft mbH.

§ 4

Gesamtaufwand

Der Gesamtaufwand nach § 7 Absatz 2 GSED, der die Obergrenze des der Aufgabenträgerin zu erstattenden Aufwands darstellt, beträgt einschließlich der Verwaltungspauschale nach § 5 936 270 Euro.

§ 5

Verwaltungspauschale

Zur Deckung des Verwaltungsaufwands wird ein einmaliger Pauschalbetrag in Höhe von 9 270 Euro festgesetzt.

§ 6

Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 23. März 2021.

Anhang 1



**Der Innovationsbereich Gänsemarkt II umfasst folgende Grundstücke
(ohne Straßenverkehrsflächen):**

Lfd. Nr.	Belegenheit	Flurstück
1	Gänsemarkt 44 b; Kalkhof ohne Nummer	1725
2	Gänsemarkt 45; Kalkhof ohne Nummer; Büschstraße ohne Nummer	861
3	Gänsemarkt 50; Büschstraße 2; Colonnaden 19	2225
4	Gänsemarkt 13; Jungfernstieg ohne Nummer	621
5	Gerhofstraße 40; Gänsemarkt ohne Nummer	2189
6	Gerhofstraße 36, 38	356
7	Gerhofstraße 32, 34	564
8	Gerhofstraße 18	2131
9	Gerhofstraße 10, 12	1759
10	Gerhofstraße 2, 6, 8	292
11	Poststraße 37	266
12	Poststraße ohne Nummer; nördlich Hohe Bleichen 22; östlich Poststraße 51	2079
13	Poststraße 51	705
14	Poststraße 36	779
15	Poststraße 20, 22; Gänsemarkt 24; Gänsemarkt ohne Nummer; ABC-Straße ohne Nummer	777, 778, 1771, 1772, 1773
16	Gerhofstraße 1, 3; Gerhofstraße ohne Nummer; Poststraße 18; Poststraße ohne Nummer	1737, 351, 776
17	Gerhofstraße 25, 27, 29; Gänsemarkt 19	755
18	Gänsemarkt 21, 22, 23; Gerhofstraße 19	800, 352
19	ABC-Straße 1	2018
20	ABC-Straße 2	2026
21	ABC-Straße 4, 5, 6, 7, 8; Poststraße ohne Nummer	274
22	ABC-Straße 52; Gänsemarkt ohne Nummer; Neue ABC-Straße ohne Nummer	2171
23	Gänsemarkt 30, 31	1367
24	Gänsemarkt 33	1368
25	Gänsemarkt 35	358

Gemarkung Neustadt Nord, Bezirk Hamburg-Mitte

Verordnung
zur Änderung von Rechtsverordnungen im Bereich der Landesjustizverwaltung
aus Anlass der Neustrukturierung der Behörden 2020

Vom 23. März 2021

Artikel 1

**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-
elektronischer Rechtsverkehr bei Gerichten
und der Staatsanwaltschaft**

Auf Grund von

§ 298a Absatz 1 Sätze 2 und 3 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2005 I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3320, 3326),

§ 14 Absatz 4 Sätze 1 bis 3, § 292 Absatz 2 Sätze 1 und 4 sowie § 347 Absatz 4 Satz 3, Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 19. März 2020 (BGBl. I S. 541),

§ 81 Absatz 4 Sätze 1 und 4 der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1115), zuletzt geändert am 16. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2187, 2195),

§ 11 Absatz 3 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 4 Sätze 1 und 2 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert am 16. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2186),

§ 46e Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 854, 1036), zuletzt geändert am 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1248, 1276),

§ 65b Absatz 1 Sätze 2 und 4 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2536), zuletzt geändert am 18. Januar 2021 (BGBl. I S. 2, 29),

§ 55b Absatz 1 Sätze 2 und 4 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 687), zuletzt geändert am 3. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694), auch in Verbindung mit § 13 Satz 2 des Gesetzes über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe in der Fassung vom 20. Juni 1972 (HmbGVBl. S. 111, 128), zuletzt geändert am 3. November 2020 (HmbGVBl. S. 559, 560), in Verbindung mit § 22 des Hamburgischen Disziplinalgesetzes vom 18. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 69), zuletzt geändert am 19. Dezember 2019 (HmbGVBl. S. 527, 528),

§ 52b Absatz 1 Sätze 2 und 4 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung vom 28. März 2001 (BGBl. 2001 I S. 443, 2262, 2002 I S. 679), zuletzt geändert am 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2633, 2636),

§ 5 Absatz 4 Sätze 2 und 4 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328, 3331),

§ 96 Absatz 1a Sätze 1 und 2 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen vom 26. Februar 1959 (BGBl. III 403-9), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1502), in Verbindung mit § 15 Absatz 5 Sätze 3 und 4 der Luftfahrzeugpfandrechtsregisterverordnung vom 2. März 1999 (BGBl. I S. 279), zuletzt geändert am 20. November 2019 (BGBl. I S. 1724, 1742),

wird verordnet:

§ 1 der Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr bei Gerichten und der Staatsanwaltschaft vom

1. August 2006 (HmbGVBl. S. 455), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird wie folgt geändert:

1. Nummern 5 und 11 werden aufgehoben.
2. Nummern 6 bis 10 werden Nummern 5 bis 9.
3. Nummer 12 wird Nummer 10 und erhält folgende Fassung:
„10. § 15 Absatz 5 Satz 3 der Luftfahrzeugpfandrechtsregisterverordnung vom 2. März 1999 (BGBl. I S. 279), zuletzt geändert am 20. November 2019 (BGBl. I S. 1724, 1742),“.
4. Die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ werden durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Artikel 2

**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-
elektronischer Rechtsverkehr**

Auf Grund von

§ 8a Absatz 2 Sätze 1 und 3 des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897 (BGBl. III 4100-1), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3296), in Verbindung mit § 5 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert am 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565, 2568), § 156 Absatz 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3297),

§ 55a Absatz 1 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. 2002 I S. 45, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3296),

§ 387 Absatz 1 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 19. März 2020 (BGBl. I S. 541),

§ 5 Absatz 4 Sätze 2, 3 und 4 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328, 3331),

wird verordnet:

§ 1 der Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr vom 2. Januar 2007 (HmbGVBl. S. 1, 2), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 erhält folgende Fassung:
„1. § 8a Absatz 2 des Handelsgesetzbuches, auch in Verbindung mit § 5 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes sowie § 156 Absatz 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes,“.
2. Die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ werden durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Artikel 3**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Grundbuchwesen**

Auf Grund von § 1 Absatz 3 Sätze 1 und 2, § 81 Absatz 4 Sätze 1, 2, 4 und 5, § 126 Absatz 1 Sätze 1 und 3, § 127 Absatz 1 Sätze 1 und 4, § 135 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3, § 140 Absatz 1 Sätze 3 und 4 und § 148 Absatz 2 Satz 4 erster und zweiter Halbsatz der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1115), zuletzt geändert am 16. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2187, 2195), und § 67 Sätze 2 und 3, § 74 Absatz 1 Satz 3, § 81 Absatz 2 Satz 3, § 93 Sätze 1 und 2, § 96 Absatz 3 Satz 3 und § 101 Sätze 1 und 2 der Grundbuchverfügung in der Fassung vom 24. Januar 1995 (BGBl. I S. 115), zuletzt geändert am 16. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2187, 2195), wird verordnet:

Im Einzigsten Paragraphen der Weiterübertragungsverordnung-Grundbuchwesen vom 21. März 1995 (HmbGVBl. S. 65), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird die Bezeichnung „Justizbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Justiz und Verbraucherschutz“ ersetzt.

Artikel 4**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Bürgerliches Recht**

Auf Grund von

§ 55a Absatz 1 Sätze 1 und 3, § 79 Absatz 5 Sätze 3 und 4, § 979 Absatz 1b Satz 2 erster und zweiter Halbsatz und § 1059a Absatz 1 Nummer 2 Sätze 4 und 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. 2002 I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3296),

§ 107 Absatz 3 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 19. März 2020 (BGBl. I S. 541),

§ 74 Absatz 1 Nummer 6 und Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert am 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328, 1338),

§ 6 Absatz 6 Sätze 1 und 2 des Betreuungsbehördengesetzes vom 12. September 1990 (BGBl. I S. 2002, 2025), zuletzt geändert am 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2426, 2428),

§ 5 Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Adoptionswirkungsgesetzes vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2950, 2953), zuletzt geändert am 19. März 2020 (BGBl. I S. 541, 542),

wird verordnet:

In der Weiterübertragungsverordnung-Bürgerliches Recht vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), werden die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Artikel 5**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Recht der Rechtsanwälte und Notare**

Auf Grund von

§ 41 Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, 1349), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3320, 3325),

§ 6 Absatz 4 Sätze 1 und 2, § 7 Absatz 5 Satz 2, § 9 Absatz 1 Satz 2, § 25 Absatz 2 Satz 1 und § 67 Absatz 3 Nummer 3 der

Bundesnotarordnung vom 13. Februar 1937 (BGBl. III 303-3), zuletzt geändert am 30. November 2019 (BGBl. I S. 1942, 1946),

wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Recht der Rechtsanwälte und Notare vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233, 235), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 wird die Textstelle „Absatz 3 Satz 4“ durch die Textstelle „Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.
2. Die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ werden durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Artikel 6**Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Prozessrecht**

Auf Grund von

§ 260 Absatz 1 Sätze 1 und 2 und § 376 Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 19. März 2020 (BGBl. I S. 541),

§ 689 Absatz 3 Sätze 1 und 3, § 703c Absatz 3 erster und zweiter Halbsatz, § 814 Absatz 3 Sätze 1 und 2, § 1069 Absatz 1 Nummer 2, Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 und § 1074 Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2005 I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3320, 3326),

§ 23d Sätze 1 und 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 9. März 2021 (BGBl. I S. 327, 328),

§ 1 Absatz 2 Sätze 1 und 2 sowie § 168 Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der Fassung vom 20. Mai 1898 (BGBl. III 310-14), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3281),

§ 8 Sätze 1 und 3 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21. Juli 1953 (BGBl. III 317-1), zuletzt geändert am 27. August 2017 (BGBl. I S. 3295, 3297),

§ 11 Sätze 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozess vom 18. Dezember 1958 (BGBl. III 319-9), zuletzt geändert am 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887, 1911),

§ 126 Absatz 1 Sätze 4 und 5 der Strafprozessordnung in der Fassung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1075, 1319), zuletzt geändert am 9. März 2021 (BGBl. I S. 327, 328),

§ 14 Absatz 4 Sätze 2 und 3, § 15 Absatz 2 Sätze 1 und 2, § 17 Absatz 2 Sätze 1 und 2 und Absatz 3, § 20 Absatz 1 Sätze 1 und 2 und § 34 Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 854, 1036), zuletzt geändert am 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1248, 1276),

§ 13 Absatz 2 Satz 1 erster und zweiter Halbsatz des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2536), zuletzt geändert am 18. Januar 2021 (BGBl. I S. 2, 29),

§ 2 Absatz 1 Sätze 3 bis 5 des Transsexuellengesetzes vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654), zuletzt geändert am 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787),

§ 12 Absatz 3 Sätze 1 und 2 des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes vom 26. Januar 2005 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert am 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54, 55),

wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Prozessrecht vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233, 234), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 5 wird aufgehoben.
2. Nummern 6 bis 21 werden Nummern 5 bis 20.
3. Die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ werden durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Wirtschaftsrecht

Auf Grund von

§ 8a Absatz 2 Sätze 1 bis 3 und § 9 Absatz 1 Satz 3 erster und zweiter Halbsatz des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 (BGBl. III 4100-1), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3296),

§ 2 Absatz 2 Sätze 1 und 2 sowie § 348 Absatz 3 Sätze 1 und 2 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328, 3331),

Artikel 102 § 1 Absatz 3 Sätze 2 und 3 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328, 3331),

§ 105 Absätze 2 und 3 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert am 26. November 2020 (BGBl. I S. 2568, 2573),

Artikel II § 12 Sätze 2 und 3 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649), zuletzt geändert am 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2541, 2542),

§ 391 Absatz 2 Sätze 1 und 2 der Abgabenordnung in der Fassung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. 2002 I S. 3869, 2003 I S. 61), zuletzt geändert am 11. Februar 2021 (BGBl. I S. 154, 162),

§ 37 Sätze 1 und 2 des Wertpapierbereinigungsschlusssgesetzes vom 28. Januar 1964 (BGBl. I S. 45), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1504),

§ 19 Absatz 2 Sätze 1 und 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3320),

§ 99 Absatz 3 Sätze 5 und 6 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256, 3296),

§ 71 Absatz 4 Sätze 1 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 9. März 2021 (BGBl. I S. 327, 328),

wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Wirtschaftsrecht vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233, 234), zuletzt geändert am 21. Januar 2021 (HmbGVBl. S. 43), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 8 wird die Textstelle „von 1977“ gestrichen.
2. Nummern 11 und 12 werden Nummern 9 und 10.
3. Die Nummern 13 bis 16 werden aufgehoben.
4. Die Wörter „werden auf die Justizbehörde weiter übertragen“ werden durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung werden auf die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz weiter übertragen“ ersetzt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 23. März 2021.